



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 23. März 2023

Antrags-Nr. 23-F-22-0013

Ostfeld - Akzeptanzmanagement jetzt!

- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 15.03.2023 -

Im Herbst 2020 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, auf dem Wiesbadener Ostfeld einen neuen Stadtteil zu planen. Mit dem Projekt wollte die Stadt mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, neue Gewerbeflächen ausweisen und als verlässlicher Partner für die Entwicklung des Behördenstandortes sorgen. Denn: Wiesbaden braucht das Ostfeld dringend! Das Institut für Wohnen und Umwelt prognostiziert, dass Wiesbaden bis 2040 32.500 neue Wohneinheiten benötigt.

Im Ostfeld entsteht der 27. Wiesbadener Stadtteil. Mit bis zu 12.000 Einwohnern wäre er der zehntgrößte Stadtteil insgesamt und der zweitgrößte Stadtteil im Wiesbadener Osten. Gerade im Hinblick auf die vielfältigen Zielkonflikte, die im Rahmen der Umsetzung des Projekts zweifelsohne bestehen, ist ein breiter gesellschaftlicher sowie politischer Konsens notwendig und angezeigt. Es bestehen auf mehreren Ebenen verfestigte Vorbehalte gegen das Projekt, die es gilt gemeinsam auszuräumen und einen Kompromiss in der Umsetzung zu finden, der sicher nicht allen, aber den meisten Betroffenen gerecht werden kann.

Tatsächlich besteht von verschiedensten Seiten noch großer Klärungsbedarf zum Ostfeld, sei es die leider noch ungeklärte Zukunft der Landwirte, die Bedenken der Bewohnerinnen und Bewohner der Vororte wie Kastel oder Erbenheim, die Erreichbarkeit des Ostfeldes oder auch die finanziellen Belastungen, die mit dem Projekt einhergehen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sicherzustellen, dass in der Lenkungsgruppe alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind,
2. einen „Runden Tisch“ mit den betroffenen Landwirten, Grundstückseigentümern, Vertretern der Stadtpolitik (Lenkungsgruppe) sowie der Projekt-Treuhänderin Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH einzuberufen, um wirtschaftlich und rechtlich tragfähige Lösungen für möglichst alle Beteiligten zu finden und langwierige Gerichtsprozesse zu vermeiden, die den Bau neuer Wohnungen sowie die Schaffung neuer Gewerbeflächen um Jahre verzögern und die Zukunft des BKA in Wiesbaden riskieren,
3. unmittelbar einen öffentlichen Ideenwettbewerb zu initiieren, der die Findung eines positiv besetzten und identitätsstiftenden Namens für den neuen Stadtteil zum Ziel hat.

Beschluss Nr. 0106

Der Antrag wird auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.05.2023 verschoben.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2023

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2023

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Oliver Franz
Bürgermeister